



www.proimageaustria.at

KOMMENTAR

Vanessa Pichler
vanessa.pichler@woche.at

Prävention beginnt schon im Elternhaus

Alle Parteien in Kärnten haben mittlerweile das Drogen-Problem im Fokus und werfen unterschiedliche Lösungsansätze in den Raum. Allen müsste klar sein: Nur ein Bündel an Maßnahmen auf allen Seiten – bei Konsumenten wie Anbietern – könnte in (ferner) Zukunft Wirksamkeit zeigen. Das Schlagwort Prävention verwenden alle. Hier werden speziell Bildungseinrichtungen involviert – dort erreicht man die Jungen. Doch was ist nach der „Aufklärung“ in der Schule? Die jungen Leute kommen heim und finden oft tragische Familienverhältnisse vor. Manchmal gibt es niemanden, mit dem sie darüber reden können, was sie in der Schule gehört haben. In vielen Familien interessiert sich schlichtweg niemand dafür. Es gibt niemanden, dem man sich bei Problemen anvertrauen kann. Es schaut niemand hin. Das ist auch mit ein Grund, warum sich junge Leute lieber betäuben. Auch wenn mehr Prävention an Schulen sicher wichtig wäre: Es sind immer noch die Eltern dafür verantwortlich, dass ihre Kinder sich geborgen fühlen.

LESEN SIE ONLINE

- Die neue Frauen- und Gleichbehandlungsbeauftragte **Martina Gabriel:** www.meinbezirk.at/2897987
- Hofer: **Tempo 100** auf Südautobahn kommt wieder weg – www.meinbezirk.at/2903495
- Umsetzung für **201 Empfehlungen** des Landesrechnungshofes zugesagt: www.meinbezirk.at/2896343
- Sichere **Fahrradboxen:** www.meinbezirk.at/2910578

Zwölf Maßnahmen im Kampf gegen Drogen

Die ÖVP Kärnten legt ein Maßnahmen-Paket vor und fasst intensive Prävention an Schulen ins Auge.

KÄRNTEN (pemk). In Kärnten sind heuer bereits 16 Drogentote zu beklagen. Während die Landespolitik nahezu geschlossen härtere Strafen für Dealer fordert, war die ÖVP Kärnten lange verdächtig ruhig. Jetzt geht sie in die Offensive: Landesrat Martin Gruber, geschäftsführender Landesparteiobmann, und Clubobmann Markus Malle legen ein Maßnahmen-Paket mit zwölf konkreten Punkten zur Bekämpfung von Drogen vor (siehe „Zur Sache“).

Beauftragte an Schulen

„Wir können es uns nicht leisten, junge Menschen in diesem Land an die Sucht zu verlieren“, begründet Gruber die Initiative. In den vergangenen Wochen schnürte die ÖVP Kärnten deshalb ein umfassendes Maßnahmenpaket. „Die zwölf Punkte wirken auf allen Ebenen und in allen Bereichen – von Prävention über die Be-



Drogen keine Chance geben! Die zwölf Maßnahmen der ÖVP Kärnten betreffen vor allem Prävention und Schulen

Polzer

treuung Abhängiger bis zur Strafverfolgung“, erläutert Malle. Einige dieser Maßnahmen setzen mit einer verpflichtenden Aufklärungskampagne in Bildungseinrichtungen sowie einer Informationsbroschüre für Eltern und Angehörige bewusst sehr früh an. Einen Schwerpunkt möchte die ÖVP Kärnten an Schulen setzen, nämlich mit der Installierung von Präventionsbeauftragten. Die Wunschvorstellung: Lehrer absolvieren in Kooperation mit Präventionsbeamten der Polizei eine Zusatzausbildung. Mit dem Ziel, dass jeder Schüler zumindest

einmal in der Unter- und einmal in der Oberstufe mit „vernünftigen Präventionsmaßnahmen“ konfrontiert wird.

Planquadrate nahe Schulen

Parallel dazu soll die Polizei Werkzeuge in die Hand bekommen, um die Verbreitung von Drogen intensiv zu bekämpfen. Landesrat Gruber spricht sich unmissverständlich für Planquadrate an sogenannten Hotspots aus: „Auch wenn diese nahe Schulen liegen.“ Der einhellige Tenor von Gruber und Malle: „Das Gift darf nicht zu unseren Kärntner Jugendlichen gelangen!“



Maßnahmen-Katalog: Martin Gruber und Markus Malle ÖVP

ZUR SACHE: MASSNAHMEN-KATALOG

1. Verpflichtende flächendeckende Aufklärungskampagne an allen Bildungseinrichtungen
2. Erhöhung des Mitarbeiterstands in der Suchtpräventionsstelle des Landes
3. Evaluierung des Ersatzprogramms und der Arbeit von Drogenambulanzen
4. Drogen-Hotline – auch für Angehörige und Freunde
5. Informationsbroschüre und Vorträge für Eltern und Angehörige
6. Schwerpunkt-Aktionen der Finanzpolizei in Paketverteiler-Zentren
7. Schwerpunkt-Aktionen der Polizei in Asylunterkünften
8. Planquadrate der Polizei an bekannten Hotspots (auch in Nähe von Schulen)
9. Erhöhte Aufmerksamkeit auf Drogenkonsum bei Grenzkontrollen, Ausgleichsmaßnahmen, Verkehrskontrollen und an Hotspots
10. Örtlich und zeitlich lückenlose Verfügbarkeit von Amtsärzten
11. Verkaufs-Verbot von Hanfpflanzen und Samen in „Grow Shops“
12. Härtere Strafen für Dealer